Nr. 539 Abend-Ausgabe
B 267

Berlin

Freitag, 13. November 1925
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

10 Pfennig

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur Georg Bernhard Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskr. werd. nur zurückgesandt wenn Porto beil.

Schriftleitung: Berlin SW. 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin Postscheckkonto Berlin 660

Der Porzellanladen

Die Besuchsreise des Reichspräsidenten in Süddeutschland hat einen erfreulichen Verlauf genommen. Insbesondere haben die demokratisch orientierten Persönlichkeiten Badens und Hessens es als ihre selbstverständliche Pflicht angesehen, das erwählte Oberhaupt des Reiches mit all der Ehrerbietung aufzunehmen, die dem Repräsentanten der deutschen Nation zukommt. Sie haben sich mit dieser Haltung in wohltuenden Gegensatz gestellt zu dem unwürdigen Betragen, das die sogenannten „nationalen" Kreise vielfach gegenüber dem Amtsvorgänger Hindenburgs bekundeten. Diese Kreise verraten auch jetzt wieder, daß sie keinerlei Verständnis für nationale Würde und menschlichen Anstand besitzen. Für sie bedeutet der Besuch Hindenburgs in Süddeutschland nicht einen Regierungsakt des überparteilichen Reichsoberhauptes, sondern eine Gelegenheit, für ihre Parteizwecke Reklame zu machen und die parteipolitischen Gegensätze, deren Ueberbrückung der Reichspräsident sich zur Aufgabe gemacht hat, nach Kräften zu verschärfen.

Es war schon kennzeichnend, daß die deutschnationale Presse die selbstverständliche Anordnung der badischen Regierung, wonach die spalterblindenden Vereine nur die Reichs- und Landesfarben verwenden dürften, als eine „Beleidigung" des Reichspräsidenten auslegten! Das Berliner Hugenberg-Blatt hat dann diesem Treiben die Krone aufgesetzt durch eine Darstellung, die den Eindruck erwecken sollte, als habe der badische Staatspräsident Hellpach dem Besuch des Reichspräsidenten auszuweichen versucht, und als habe die badische Regierung überhaupt nur einem „Zwang" bei dem Empfang Hindenburgs gehorcht.

Hier wird die perfide Absicht, den politischen Gegner unter allen Umständen zu verdächtigen, zur unbegreiflichen Dummheit. Ein sogenanntes „nationales" Blatt hält es für angebracht, vor dem In- und Ausland die Behauptung aufzustellen, das Oberhaupt des Reiches begegne in maßgebenden Kreisen Süddeutschlands einer solchen Abneigung, daß man seinen Besuch als lästigen „Zwang" empfinde! Glaubt man mit solchen erdichteten Behauptungen dem Reichspräsidenten etwa eine besondere Freude zu machen? Und welch jämmerliche Unwissenheit! Niemand in Baden ist so ununterrichtet, daß er nicht wüßte, daß gerade Hellpach am Tage nach der Wahl Hindenburgs spontan die Erklärung abgegeben hat: angesichts der Entscheidung des deutschen Volkes gäbe es für einen Republikaner und Demokraten keine andere Haltung als die des Respekts gegenüber dem erkorenen Oberhaupt der Nation. Diesen Gedankengang hat Hellpach auch in seiner Begrüßungsrede für Hindenburg zum Ausdruck gebracht, und wer auch nur die geringste Ahnung von süddeutscher Art hat, weiß, daß diese Auffassung aus dem Herzen kommt, daß sie demokratischem Wesen und Fühlen entspricht.

Der Reichspräsident wäre auch dann in Süddeutschland als Repräsentant der deutschen Einheit respektvoll aufgenommen worden, wenn seine Amtsführung sich nicht in dem Maße, wie das erfreulicherweise bis jetzt der Fall ist, in einem Rahmen gehalten hätte, der es den früheren Gegnern seiner Wahl nicht erschwert, die dem Amt dargebrachten Huldigungen auch auf die Person zu übertragen. Die brunnenvergiftende Berichterstattung der Hugenberg-Presse soll offenbar den Eindruck erwecken, als sei Hindenburg auch als Reichspräsident nichts als der Standartenträger der Deutschnationalen, das Aushängeschild, mit dem man parteipolitische Geschäfte jeder Art deckt. Diese Bemühungen lassen es verständlich erscheinen, daß die Veröffentlichung der Stuttgarter Aeußerungen Hindenburgs, in deutschnationalen Kreisen als ein schwerer Schlag empfunden worden ist.

Hindenburg hat bei dem Empfang im Stuttgarter Schloß im Gespräch mit einem demokratischen Politiker sein Unbehagen über die Haltung der Deutschnationalen ausgesprochen. Er hat wörtlich erklärt:

> „Da verschert man einem, daß man das Vertrauen der ganzen Partei genießt, und eines Tages steht man durch die Beschlüsse dieser Partei allein und sieht seine Stellung gefährdet." Der Reichspräsident gebrauchte im Anschluß daran das Bild des „Ochsen im Porzellanladen".

Die Deutschnationalen stellen sich so, als ob durch die Veröffentlichung dieser Aeußerungen ein furchtbares Unrecht geschehen sei. Daß sie gefallen sind, wird nicht bestritten. Kann man es dem Reichspräsidenten verwehren, der ernsten Sorge Ausdruck zu geben, die ihm als Mitträger der deutschen Gesamtpolitik durch das Verhalten einer Partei verursacht wird, auf die er nach allem, was seiner Wahl vorausgegangen war, in besonderem Maße rechnen zu können glaubte? Es ist begreiflich, daß die Deutschnationalen daran interessiert sind, der Oeffentlichkeit vorzuenthalten, wie der Reichspräsident über ihr durch den krassesten Parteegoismus diktiertes Verhalten denkt. Aber die Deutschnationalen müssen sich daran gewöhnen, daß das „deutschnationale" Interesse nicht ohne weiteres als das deutsche nationale Interesse anerkannt wird.

Geßler und Rupprecht

Oberbürgermeister Luppe erklärt

Der Nürnberger Berichterstatter der „Vossischen Zeitung" übermittelt folgende Erklärung des Oberbürgermeisters Dr. Luppe:

„Ich habe kürzlich auf Wunsch eines Parteifreundes Herrn Emil Ludwig einige Auskunft über die politischen Verhältnisse in Bayern gegeben. Ich konnte dabei voraussehen, daß Emil Ludwig sich der Tragweite des ihm Mitgeteilten bewußt sein und nicht ohne mein Wissen und Willen Dinge der Oeffentlichkeit mitteilen würde, deren Mitteilung ich der Oeffentlichkeit gegenüber nicht für zweckmäßig hielt. Nachdem Herr Emil Ludwig leider meine Mitteilungen unberechtigterweise und zum Teil unrichtig in die Oeffentlichkeit gebracht hat, versuchte ich zunächst durch ein Dementi eine weitere Erörterung der Dinge abzuschneiden. Leider nötigen mich aber die neuen Erklärungen des Herrn Reichswehrministers Dr. Geßler und des Herrn Emil Ludwig nun doch, den wirklichen Sachverhalt mitzuteilen:

Herr Reichswehrminister Dr. Geßler kam Ende Oktober 1924 während der Regierungskrise zu mir auf mein Büro und fragte mich u. a., wie ich die Verhältnisse in Bayern beurteilte. Als ich ihm erklärte, daß nach meiner Ansicht in bezug auf einen Königputsch der kritischste Moment wohl überwunden sei, erwiderte er mir: Nein, die Lage sei absolut ernst. Rupprecht beabsichtige vorzugehen, und er wolle mir jetzt schon sagen, daß, wenn dies geschehen sollte, die Reichswehr nicht eingreifen werde. Daß Herr Dr. Geßler mit bayerischen Monarchisten gesprochen und ihnen entsprechende Zusage gemacht habe, habe ich Herrn Emil Ludwig nicht gesagt, da Herr Dr. Geßler davon auch nichts gesagt hat. Als ich meine Verwunderung und Erregung über Herrn Dr. Geßlers Auffassung kundgab, erwiderte er mir, ich kenne eben die Bayern nicht, die Bayern wollten und brauchten einen König, den könnte man ihnen auf die Dauer doch nicht vorenthalten.

Da ich von einem Königsputsch schwere Erschütterungen für Reich und Bayern befürchte, habe ich am gleichen Abend Herrn Dr. Haas schriftlich von der Unterredung mit Herrn Dr. Geßler Kenntnis gegeben. Wenn Herr Dr. Haas sich an diesen Brief nicht mehr erinnert, so ist mir das nicht recht verständlich, wenn dieser Brief nicht etwa in seiner Abwesenheit einem anderen Parteifreunde gegeben worden sein sollte. Mir ist von anderer Seite bekannt, daß der verstorbene Reichspräsident Ebert von den Putschabsichten Kenntnis erhalten hat, nachdem wenige Tage darauf auch maßgebende Sozialdemokraten aus Kreisen der Bayerischen Volkspartei, die mit schwerer Sorge über die drohende Gefahr erfüllt waren, Kenntnis erhalten hatten. Ob der bekannte Artikel im „Regensburger Anzeiger" und weitere Artikel in den „Münchener Neuesten Nachrichten" und der „Augsburger Postzeitung", die kurz darauf erklärten, daß die Königsfrage in Bayern keineswegs reif sei, auf ein Eingreifen von Berlin oder auf Vorgänge innerhalb der bayerischen Volkspartei zurückzuführen sind, entzieht sich meiner Kenntnis.

Damit dürfte meines Erachtens das Vorspiel des im Jahre 1924 beabsichtigten Putsches genügend geklärt sein."

Hindenburg für Locarno

Darmstadt, 13. November (W. T. B.)

Bei dem offiziellen Empfang in Darmstadt sprach Reichspräsident Hindenburg in seiner Erwiderung auf die Begrüßungsrede des Staatspräsidenten Ulrich auch von den Lasten der Besatzung und im Zusammenhang damit von Locarno. Hindenburg sagte wörtlich:

„Wir wollen hoffen, daß die schlimmsten Zeiten nunmehr überstanden sind, und daß die in Locarno angebahnten Verhandlungen u. a. dazu führen mögen, dem besetzten Gebiet und in ihm auch Hessen Befreiung von den schlimmsten Lasten zu verschaffen und die zum Leben notwendige Bewegungsmöglichkeit wiederzugeben."

General Feng, Herr von Peking

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **London**, 13. November

Die bisher vorliegenden Nachrichten aus China stimmen darin überein, daß sich in Peking ein neuer Umsturz vollzogen hat, in den Einzelheiten gehen sie allerdings auseinander. Jedenfalls hat Feng-Yu-Hsiang die Macht in Peking an sich gerissen. Der bisherige Ministerpräsident Tuan-Tschi-Jui ist von ihm gefangen gesetzt worden, nach anderen Meldungen soll sich Tuan in die ausländischen Niederlassungen in Tientsin geflüchtet haben. Eine Anzahl von Tschang-Tso-Lin eingesetzter hoher Beamter ist zurückgetreten und aus Peking geflüchtet. Bis zur Stunde ist noch nicht bekannt, ob der Kampf zwischen Feng-Yu-Hsiang und Tschang-Tso-Lin bereits begonnen hat, er scheint jedoch nunmehr unvermeidlich.

Die japanische Regierung hat in einer Sitzung des Kabinetts beschlossen, die Marine in den Zustand der Kampfbereitschaft zu versetzen, um jederzeit imstande zu sein, zum Schutze der japanischen Staatsbürger in China eingreifen zu können, sobald der christliche General Feng den von ihm seit langer Zeit geplanten Staatsstreich verübe.

*

Der Sturz des japanfreundlichen Anfu-Kabinetts, die Flucht resp. Gefangensetzung Tuan-Tschi-Puis und die vollständige Besitzergreifung von Peking durch den General Feng, dessen Truppen bereits seit langem Peking besetzt hielten, richtet sich vorläufig direkt gegen Tschang-Tso-Lin. Indirekt aber gegen Japan. Denn der General Feng, der seinen Hauptstützpunkt in der Mongolei hat, wo er mit den Russen zusammen arbeitet und seine Truppen von russischen Offizieren ausbilden läßt, gilt als der Exponent Moskaus.

Japan sitzt durch die neue Situation nicht nur in China in der Klemme, seine Hauptsorge besteht in dem Schutz der japanischen Interessen in der Mandschurei. Sollte Tschang-Tso-Lin an den beiden Fronten, die er augenblicklich zu verteidigen hat, nämlich gegen Feng um Peking und gegen die Gefolgsleute Wu-Pei-Fus an der Schantunggrenze, geschlagen werden, so würde sich wahrscheinlich der Kampf direkt in die Mandschurei erstrecken. Das würde unter allen Umständen Japan in irgendeiner Form auf den Plan rufen, woraufhin Rußland selbstverständlich nicht untätig beiseite stehen wird. Der Beschluß der Tokioter Regierung ist deshalb von sehr weitreichender Tragweite.

Der Fall Giesche

Bericht für die „Vossische Zeitung"

* **Breslau**, 13. November

Das Einschreiten des preußischen Staates gegen die Oberschlesische Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben auf Grund ihres Abschlusses mit der Harriman-Anaconda-Gruppe erhellt schlaglichtartig die gesamte Situation in Oberschlesien. Die Berechtigung und Verpflichtung des Staates zum Eingriff ist aus den Gründen, die August Müller in der „Vossischen Zeitung" dargelegt hat, unbedingt anzuerkennen. Handelt es sich doch um nicht mehr und nicht weniger als die Gefahr eines amerikanischen Zinkmonopols, dessen Wirkungen auf die gesamte, zinkverarbeitende deutsche Industrie unübersehbar werden könnten. Schon während der früheren Verhandlungen Giesches mit den Amerikanern war gerüchtweise bekannt geworden, daß es Harriman in erster Linie darauf ankomme, mit dem Erwerb des ostoberschlesischen Zinkgrubenbesitzes von Giesche auch die auf deutschem Gebiete gelegenen Zinkvorkommen wenigstens indirekt in die Hand zu bekommen. In der offiziellen Mitteilung über den Abschluß mit Harriman überging die deutsche Gesellschaft dieses wichtige Moment vollkommen, und bis zum heutigen Tage ist kein Dementi der Gerüchte erfolgt, daß nach dem Vertrage mit Harriman die gesamte Ausbeute der deutschen Zinkvorkommen zur Verhüttung an die neugegründende amerikanische Gesellschaft in Ostoberschlesien abgeführt werden müsse.

Schon diese Gefahr hätte den preußischen Staat zu einem Eingreifen berechtigt. Aber auch die rein finanzielle Seite des Abschlusses scheint nicht so glatt zu sein, wie man es zunächst hinzustellen versucht hat. Gieches Gesamtverpflichtungen, unter denen ein Seehandlungskredit von 15 Millionen Reichsmark und andere Schulden aus öffentlichen Geldern eine beträchtliche Rolle spielen, sind so hoch, daß der Kaufpreis, den die Gesellschaft für ihre politischen Besitzungen erhält, zur Deckung nicht ausreicht. Man hat daher den Ausweg gewählt, in Amerika eine Obligationsanleihe unterzubringen. Zunächst aber müssen einmal die Erträgnisse dieser Anleihe zur Deckung der alten Verpflichtungen herange-

0129